

TOP 1**Bestellung von Urkundspersonen**

Die Gemeinderäte Heck u. Zedler werden einstimmig zu Urkundspersonen bestimmt.

TOP 2**Bekanntgaben nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

Es liegen zur Sitzung keine nichtöffentlich gefassten Beschlüsse vor.

TOP 3**Fragen und Anregungen von Bürgern**

Herr Knappe vom BUND hat 2 Anliegen.

1. Seiner Meinung nach wird in Dossenheim der Winterdienst unverhältnismäßig intensiv durchgeführt. Sämtliche Straßen werden geräumt und mit Salz bestreut. In anderen Gemeinden werden die Nebenwege nicht geräumt und aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht sei dies auch ausreichend. Das Salz sei schädlich für Bäume und Sträucher und komme aus Übersee.
2. Weiter möchte er wissen was die Gemeinde gegen die Ansiedlungswünsche des Heidelberger Reitervereins an der Ortsgrenze von Dossenheim zu tun gedenke.

Bgm. Lorenz nimmt zuerst zu der Problematik der Neuansiedlung des Heidelberger Reitervereins Stellung. Solange keine konkreten Anträge gestellt werden, könne Dossenheim schlecht etwas unternehmen. Eine Ansiedlung auf Dossenheimer Gemarkung sei nicht möglich und mittlerweile auch vom Tisch.

Herr Knappe ergänzt, er habe gehört Heidelberg versuche eine Bebauungsplanänderung zu vermeiden. Bgm. Lorenz erwidert, er könne sich nicht vorstellen, dass es möglich sein könne eine derart große Anlage im Außenbezirk ohne eine entsprechende Bebauungsplanänderung errichten zu können. Dossenheim werde wachsam sein und entsprechend Stellung beziehen.

Zum Winterdienst erläutert der Vorsitzende, 90% der Rückmeldungen zum Winterdienst in Dossenheim seien positiv. Er erfahre viel Lob über den hervorragenden Winterdienst in Dossenheim und bedankt sich an dieser Stelle für den unermüdlichen Einsatz der Bauhofmitarbeiter. Mittlerweile werde viel weniger Salz als vor Jahren eingesetzt. Dank ausgereifter Technologie ist die Streumenge auf das Mindestmaß beschränkt.

Er werde das Thema nochmals mit dem Bauhof und dem Bauhofleiter besprechen, Vorrangig sei auf jeden Fall die Sicherheit der Bürger.

TOP 4**2009/146****Erneuerung des Kunstrasens auf dem Fußball-Großspielfeld
- Vergabebeschluss****Sitzungsvorlage:**

In seiner Sitzung am 15.12.2009 hat der Gemeinderat den Durchführungsbeschluss zur Erneuerung des Kunstrasens auf dem Fußball-Großspielfeld beschlossen.

Die Verwaltung hat in der Zwischenzeit die Arbeiten beschränkt ausgeschrieben.

Das Leistungsverzeichnis wurde an 3 Firmen übersandt.

Da die Submission erst am 11.01.2010 stattfindet, erfolgt der Beschlussvorschlag per Tischvorlage.

Tischvorlage:

In der Gemeinderatssitzung vom 15.12.2009 wurde die Sanierung des alten Sportplatzes durch die Erneuerung des Kunstrasenbelag beschlossen.

Von der Verwaltung wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt.

Es wurden 4 Angebote abgegeben.

Submissionstermin war am 11.01.2010, um 10:00 Uhr.

Die Prüfung der Angebote brachte folgendes Ergebnis: (Anlage: Preisspiegel)

001	Fa. ASPG, Düsseldorf	brutto	€ 220.919,93	günstigster Bieter
004	Fa. P + T, Heppenheim	brutto	€ 237.748,02	
003	Fa. Richter, Hermsdorf	brutto	€ 244.950,91	
002	Fa. Frauenrath, Bretnig	brutto	€ 254.119,68	teuerster Bieter

Die Verwaltung schlägt daher vor die Maßnahme an den günstigsten Anbieter, die Firma ASPG in Düsseldorf zu vergeben.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Maßnahme „Austausch eines Kunstrasenbelag“ an den preisgünstigsten Bieter, die Firma ASPG in Düsseldorf brutto 220.919,93 € zu vergeben.

Protokoll:

Die Ausschreibung hat das erwartete positive Ergebnis bestätigt, berichtet Bgm. Lorenz. Zu den Angebotskosten kommen noch ca. 30.000,-- Euro für die Randarbeiten. Im Haushalt sind 290.000,-- Euro eingestellt und dieser Betrag sollte nach Meinung des Vorsitzenden auch bleiben.

Auf Nachfrage aus dem Gemeinderat erläutert Gemeindeangestellter Laufer, der angebotene Belag entspreche dem des neuen Sportplatzes, sei aber mittlerweile weiterentwickelt.

Die Lebensdauer werde je nach Beanspruchung auf bis zu 12 Jahre angegeben. Dies sei natürlich auch von der individuellen Beanspruchung und Pflege abhängig.

Beschluss:

Nach kurzer Aussprache ergeht einstimmig folgender Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der Maßnahme „Austausch eines Kunstrasenbelag“ an den preisgünstigsten Bieter, die Firma ASPG in Düsseldorf brutto 220.919,93 € zu vergeben.

TOP 5**2009/0147****Haushalt 2010****-Vorlage des Haushaltsentwurfes****- Verweisung an Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Vorberatung****Sitzungsvorlage:**

Die Verwaltung legt zu Beginn des neuen Jahres den Haushaltsentwurf 2010 vor, der vom Bürgermeister mit seiner Etatrede erläutert werden wird. Anschließend soll der Entwurf an den Haupt- und Finanzausschuss zur nichtöffentlichen Vorberatung überwiesen werden. Die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan ist für den 23.2.2010 vorgesehen. Bezüglich der Einbringung und Vorberatung ist man an besondere Form- und Verfahrensvorschriften nicht gebunden. Der Haushaltsentwurf wird in der Sitzung als Tischvorlage ausgegeben.

Die Verzögerung in der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2010 hängt mit den vielen Unsicherheiten zusammen, welche die globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit sich bringt. Normalerweise sollte der Haushalt bis Ende November beschlossen sein. Doch die Basisdaten für die tragende Einnahmenseite lagen lange im Dunkeln. Eine Haushaltsplanung ist in Zeiten einer gewaltigen Finanz- und Wirtschaftskrise gewagter denn je, zumal große Unsicherheit herrscht, ob man schon auf der Talsohle angekommen ist und sich die Entwicklung wieder mit gleichbleibender oder steigender Tendenz stabilisiert. Gefestigte Zahlen kamen erst mit der November-Steuerschätzung. Deshalb hat auch das Land seine eigene Haushaltsplanung verschoben (Ministerpräsident Oettinger: „Deswegen werden wir unseren Haushaltsentwurf 2010/2011 erst wenige Tage vor Weihnachten in den Landtag einbringen“, denn man könne erst im November festlegen, wie ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt werden kann; RNZ vom 19.8.2009). Der Entwurf des Doppelhaushalts 2010/2011 des Landes wurde am 17.12.2009 in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Und am 16.12.2009 hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf für 2010 gebilligt.

Der für die Kommunen in Baden-Württemberg richtungsweisende Haushaltserlass 2010 mit den näheren Orientierungsdaten für den Finanzplanungszeitraum wurde vom Innen- und Finanzministerium erst am 30.11.2009 bekannt gemacht, ansonsten liegt er bereits im Sommer vor. Auf dieser Grundlage ist der Haushaltsentwurf erstellt worden.

Die Wirtschaftskrise stürzt den deutschen Staatshaushalt immer tiefer in die roten Zahlen. Für das wieder wachsende Defizit von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungskassen gibt es zwei wesentliche Gründe: Zum einen lässt die Wirtschaftskrise vor allem die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken. Zum anderen steigen wegen der Konjunkturpakete und sonstigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise die Ausgaben. Für die Gemeinde Dossenheim kommt der Anrechnungseffekt des Finanzausgleichsgesetzes hinzu. Ein relativ gutes Steuerjahr 2008 lässt die Umlagelast deutlich steigen, während umgekehrt die Schlüsselzuweisung nach mangelnder Steuerkraft zurückgeht. Ein speziell Dossenheimer Problem ist die Gewerbesteuer, die zur gleichen Zeit einbricht. So kommen verschiedene Faktoren zusammen, die den Verwaltungshaushalt defizitär werden lassen.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat verweist den Haushaltsentwurf 2010 zur weiteren – nichtöffentlichen-Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Protokoll

Bgm. Lorenz berichtet, der Haushaltsentwurf werde in diesem Jahr sehr spät eingebracht, da man zuerst einigermaßen verlässliche Daten vorliegen haben wollte.

Die momentane Wirtschaftslage trifft auch die Kommunen hart. Dossenheim ist in der glücklichen Lage über eine sehr gute Infrastruktur zu verfügen und keine Investitionsstaus zu haben.

In 2010 wirken sich verschiedene Faktoren aus. Zu der schlechten konjunkturellen Entwicklung kommen die hohen Ausgleichszahlen für das gute Jahr 2008 und eine negative Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen und ein Rückgang der Zuweisungen. Auf der Ausgabenseite schlagen 500.000,- Euro Mehrkosten für die Kleinkinderbetreuung zu Buche.

Die Verwaltung habe den Haushalt mehrfach auf Einsparungsmöglichkeiten durchforstet. Wichtig sei, die Bürger nicht durch Erhöhungen bei den Steuern und Abgaben zu belasten und die Kreditaufnahme so gering wie möglich zu halten.

Der Gesamthaushalt habe ein Volumen von 23,45 Millionen Euro, davon entfallen auf den Verwaltungshaushalt 20.673.230 Euro und auf den Vermögenshaushalt 2.774.630 Euro. Der Haushalt weise eine Deckungslücke von 277.630,- Euro auf.

Problematisch sei die negative Zuführungsrate von 1,43 Millionen Euro um die Einnahmeverluste im Verwaltungshaushalt auszugleichen. Die Pro-Kopf-Verschuldung liege mit 327,79 Euro pro Einwohner noch deutlich unter dem Durchschnitt.

Der Vorsitzende schlägt vor, den vorliegenden Haushaltsentwurf zur Vorberatung in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu verweisen. Ziel sei es, den Haushalt möglichst in der nächsten Gemeinderatssitzung am 23. Februar öffentlich zu beschließen.

Beschluss:

Ohne weitere Aussprache ergeht einstimmig folgender Beschluss:

Der Gemeinderat verweist den Haushaltsentwurf 2010 zur weiteren – nichtöffentlichen - Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

TOP 6

Bekanntgaben

Prolongation eines Kommunaldarlehens

Sitzungsvorlage:

Die Gemeinde hatte im Jahre 1999 bei der WL-Bank in Münster ein Kommunaldarlehen (0217 624 500) in Höhe von 3.000.000 DM / 1.533.875 EUR zu einem Zinssatz von 5,559 v.H. bei einer vierteljährlichen Annuität von 25.151,73 EUR / 100.606,92 EUR aufgenommen; im Jahr 2009 wurden daraus 74.931,67 EUR für Zinsen aufgewendet. Die zehnjährige Zinsbindung ist jetzt abgelaufen. Aktueller Darlehensstand per 30.12.2009: 1.331.776,50 EUR.

Der Kredit wurde jetzt am 18.12.2009 prolongiert; es ist ein Zinssatz von 3,76 v.H. auf die Dauer von 20 Jahren bei Beibehaltung der Annuität vereinbart worden. Die lange Zinsbindungsfrist bietet der Gemeinde bei einem historischen Niedrigzins lange Sicherheit und garantiert eine niedrige Belastung des Verwaltungshaushalts. Das Darlehen wird mit dem Ablauf des Zinsbindungszeitraumes, also am 30.3.2028, gelöst sein.

Der günstige Zinssatz, der im Übrigen noch unter dem aus der letzten Prolongation vom Oktober (4,03 v.H.) liegt, bewirkt im Vergleich 2009 / 2010 eine Zinersparnis, die der Tilgung zugute kommt, sodaß der Kredit schneller getilgt werden kann, was der bisherigen Zielsetzung entspricht.

Beschlussvorschlag

Der Gemeinderat nimmt von der Prolongation zustimmend Kenntnis.

Protokoll:

Prolongation eines Kommunalkredits

Bgm. Lorenz zeigt sich erfreut über den angebotenen Zinssatz. So könne der Kredit schneller getilgt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt von der Prolongation zustimmend Kenntnis.

TOP 6.1**Bekanntgaben**

Kinder-, Jugend- und Seniorenausschuss

Bgm. Lorenz informiert, die nächste Sitzung des Kinder-, Jugend- und Seniorenausschusses findet am 28.01.2010 statt.